

## Einleitung

Liberal-demokratische Systeme stehen im Zuge globaler Migration vor einer Reihe neuer Herausforderungen. Auf dem Nationalstaatprinzip beruhend, bleibt die Inklusion von MigrantInnen in gesellschaftliche Teilbereiche, insbesondere in die politische Sphäre, oftmals ein uneingelöster normativer Anspruch. Staaten, die Rechte mit formaler Staatsbürgerschaft koppeln, produzieren Diskriminierung und Marginalisierung, bis hin zu territorialem Ausschluss. Der Anteil der Menschen, dem soziale, ökonomische oder politische Rechte verwehrt bleiben und der aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Funktionssystemen (politische Sphäre, Wirtschaft, sozialstaatliche Leistungen etc.) ausgeschlossen ist oder zu diesen nur eingeschränkten Zugang hat, ist seit Jahren im Steigen begriffen. Abgestufte Formen von Exklusion ebenso wie abgestufte Formen von Inklusion charakterisieren moderne Gesellschaften und Demokratien (Kronauer 2010; Morris 2002; Brubaker 1989).

Das Phänomen der Exklusion von Einzelnen und sozialen Gruppen ist jedoch keineswegs alleine das Ergebnis globaler Migration, sondern hat komplexe Gründe und Zusammenhänge: Weltweit rasch wachsende Ungleichheiten von Macht, Einkommen und Vermögen, damit materielle und soziale Marginalisierung sowie oft auch Perspektivenlosigkeit deuten auf tiefe Spaltungsprozesse und somit auf eine neue Brisanz der sozialen Frage hin. Diese wird in den Sozialwissenschaften unter dem Blickwinkel sozialer Exklusion wieder verstärkt diskutiert und für politische Veränderungen plädiert (Bude 2008; Steinert/Pilgram 2003). Angesichts dieser politischen wie ökonomischen Entwicklungen gilt der Befund der sozialen Exklusion als eine der größten gesellschaftlichen und politischen Belastungen wie Herausforderungen. Soziale Exklusion führt, so die Überlegung, nicht nur individuell zu problematischen Konsequenzen wie Prekarität und Armut, sondern die Spaltungen und Ausschlüsse stellen auch die gesellschaftlichen Institutionen und die Legitimität von politischen Entscheidungen in Frage (Bauböck 2010).

Ein vergleichender Blick in jene Literatur, die in Hinblick auf Gesellschaft und Politik Inklusion und Exklusion thematisiert bzw. diese Begriffe als Denkkate-

gorien verwendet, macht unterschiedliche Herangehensweisen und Richtungen deutlich: Einerseits neigen Publikationen im Umfeld der Migrationsforschung eher zum Begriff Inklusion, um Anspruch, Intensität und Qualität der Eingliederung und Teilhabe von MigrantInnen, Gruppen wie Einzelnen, zu diskutieren. Nicht selten wird hierbei Inklusion als Alternative zum umstrittenen Begriff Integration gewählt (Morales/Guigni 2011, Castles *et al.* 2002). Andererseits ist Exklusion stärker in der soziologischen Literatur zur sozialen Frage präsent. In diesem Theoriestrang werden eine Reihe kritischer Herangehensweisen verfolgt, die sowohl die Chancen als auch die Fallstricke des Exklusionsbegriffes reflektieren und diesem, aufgrund seiner analytischen Begrenztheit, als Konzept durchaus kritisch gegenüberstehen (Castel 2008). In der Ungleichheits- wie in der Migrationsforschung aber stehen das reflexive Erkennen defizitärer, ungleich verteilter Teilhabechancen sowie die gesellschaftlichen Verhältnisse und politischen Entscheidungen, die diese produzieren, zur Debatte.

Konzeptuell betrachtet, überwindet die relationale Denkkategorie *Inklusion/Exklusion* binäres, vereinseitigendes Denken entlang von Vorstellungen wie drinnen oder draußen. *Inklusion/Exklusion* als analytische Kategorie der Migrationspolitik folgt vielmehr einem Kontinuum – Phänomene der Inklusion und Exklusion respektive Inklusions- und Exklusionsmodalitäten treten gleichzeitig auf, sie interagieren, zeigen Wechselbeziehungen und -wirkungen. *Inklusion/Exklusion* legt folglich das Erkenntnisinteresse auf Parallelitäten sozialer und politischer Schließungs- und Öffnungsprozesse, auf die Einbindung über die Teilhabe an materiellen, politischen und kulturellen Ressourcen und Beziehungen, aber auch auf die Ausgrenzung aus denselben (Kronauer 2010). Während etwa spezifische Gruppen von MigrantInnen durch eine Politik der Kategorisierung an bestimmten Institutionen, Ressourcen und Leistungen teilhaben, bleiben andere Gruppen von Rechten und Partizipationsinstrumenten ausgeschlossen. Während bestimmte Rechte, z. B. soziale Rechte, unabhängig von Staatszugehörigkeit, sondern auf der Grundlage von Kriterien wie Aufenthalt gewährt werden, bleiben andere Rechte, wie politische Partizipationsrechte, StaatsbürgerInnen vorbehalten.

Mit dem analytischen Instrumentarium *Inklusion/Exklusion* sollte es möglich werden, Inklusion und Exklusion nicht bloß als gleichzeitig auftretende Phänomene sozialwissenschaftlich einzufangen, sondern auch die Dynamiken und Prozesse der Herstellung dieser Manifestationen zu erkennen und zu untersuchen (Castel 2008, 73). Die wissenschaftliche Neugierde gilt konsequenterweise dann weniger der Frage wer an sozialen Gütern teilhat oder nicht, sondern sie gilt der Frage wie Inklusions- bzw. Exklusionsbedingungen gestaltet sind: Welche Interessen und Mechanismen der Teilhabe, welche Interessen und Mechanismen der Ausgrenzung sind in demokratisch verfassten politischen Systemen zu

finden bzw. wie werden diese praktiziert? Welche Diskurse sowie Formen der Mobilisierung bewirken welche Einschluss- bzw. Ausschlussmodalitäten?

Dieser Band nimmt die aktuelle Brisanz von gesellschaftlichen und politischen Ausgrenzungstendenzen und deren sozialwissenschaftlicher Konzeptualisierung auf. Eine Reihe von Beiträgen thematisieren im Kontext von Migration die vielfältigen Erscheinungsformen der Gleichzeitigkeit und Wechselhaftigkeit von *Inklusion/Exklusion* und fragen nach den Mechanismen, Prozessen und Diskursen, Institutionen und Akteuren, die in einer durch Migration beeinflussten politischen Ordnung Inklusion und Exklusion erzeugen. Die AutorInnen der einzelnen Beiträge nähern sich diesen Themen und Fragestellungen mit dem Konzept *Inklusion/Exklusion* bzw. diskutieren dieses Konzept im Hinblick auf seine Erkenntnisfähigkeiten.

Der Band adressiert zwei Erkenntnisebenen und versucht diese zu verbinden: Einerseits werden die eben skizzierten Ein- und Ausgrenzungsmechanismen auf dem Feld der sozialen Ungleichheit und der Migration zum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung gemacht; andererseits wird analytisch-konzeptionell erkundet, welche neuen Perspektiven und Erkenntnisse mit dem relationalen Begriffspaar *Inklusion/Exklusion* in der theoretischen wie empirischen Forschung zu gewinnen sind. Der Band verfolgt also einen doppelten Anspruch, erstens wollen die Beiträge soziale und politische Phänomene von Inklusion und Exklusion beschreiben und erklären, zweitens wird nach den Möglichkeiten und der Relevanz von *Inklusion/Exklusion* als relationale Denkkategorie gefragt. Wir bringen diese doppelte Herangehensweise in diesem Buch zum Ausdruck, indem *Inklusion und Exklusion* auf gesellschaftliche Phänomene verweist, während *Inklusion/Exklusion* die epistemologische, begriffssystemische Ebene anspricht.

Drei Abschnitte strukturieren den Band. Abschnitt I widmet sich in vier Beiträgen konzeptionellen Zugängen zum Begriffspaar *Inklusion/Exklusion*. Die politikwissenschaftlichen und soziologischen Beiträge bearbeiten kritisch den normativen Gehalt des Begriffspaares sowie dessen analytisches Potential. Diese Auseinandersetzung findet vor dem Hintergrund statt, dass in der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung oft die Unbestimmtheit und die ideologische Aufladung von Begriffen wie Integration, Inklusion oder auch Inkorporation kritisiert werden.

*Martin Kronauer* problematisiert den (sozialen) Exklusionsbegriff und bestimmt Exklusion nicht als Randphänomen, sondern als Verhältnis, das im Zentrum der Gesellschaft lokalisiert ist. Exklusion ist folglich als Ausgrenzung in der Gesellschaft und nicht als Ausgrenzung aus der Gesellschaft zu begreifen. Kronauer betont die Gleichzeitigkeit des Drinnen und Draußen und sieht die Bedeutung des Begriffspaares *Inklusion/Exklusion* in der spezifischen Konstellation der aktuellen sozialen Frage. Umbrüche in der Erwerbsarbeit und am

Arbeitsmarkt sowie Veränderungen des Sozialstaats und der sozialen Beziehungen konstituieren die Momente von Partizipation und Zugehörigkeit auf eine neue Weise. Durch diese Transformationsprozesse komme es zu Formen der Entrechtung und zur Aushöhlung der inkludierenden Substanz bestehender Rechte sowie zum Verlust von Anerkennung und unterstützenden sozialen Netzen. In den Schlussfolgerungen plädiert Kronauer für eine Politik des Sozialen, die die vielfältigen Dimensionen der Transformationsprozesse umfassend berücksichtigt.

An diese Herangehensweise schließen *Ilker Ataç* und *Sieglinde Rosenberger* an, wenn sie das Begriffspaar *Inklusion/Exklusion* als kategoriale Größe der politikwissenschaftlichen Migrationsforschung entwerfen und damit ein Kontinuum von politisch hergestellten Ein- und Ausgrenzungsmechanismen diskutieren. Im Beitrag wird die ungleiche und abgestufte Verteilung der Rechte von Drittstaatsangehörigen als Beispiel der Gleichzeitigkeit von Inklusion und Exklusion behandelt. Die graduellen Abstufungen zwischen einzelnen Rechtsdimensionen werden dabei auf Kriterien und Bedingungen zurückgeführt, die über die Politik der Kategorisierung und der Konditionalitäten in einem komplexen wechselseitigen Verhältnis stehen – sie sind interdependent, sie bauen teilweise aufeinander auf, sie sind aber auch voneinander isoliert zu betrachten. Diese konzeptionelle Herangehensweise erlaubt die Ausweitung von Teilhabe, aber auch deren Defizite und Ungleichbehandlungen analytisch in den Blick zu nehmen.

Aus einer soziologischen Perspektive diskutiert *Christoph Reinprecht* die sozialräumliche Segregation in Städten als Prozess der Verräumlichung sozialer Ungleichheiten. Ausgehend von einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Exklusionskonzept plädiert Reinprecht für eine ungleichheitssoziologische Perspektive, die es ermöglicht, die Prozesse sozialräumlicher Ausgrenzung als Produkt von Marginalisierungs- und Exklusionsprozessen zu untersuchen. Es wird argumentiert, dass sozialräumliche Segregation in einer herrschenden Ungleichheitsordnung begründet liegt, die letztlich in einer ökonomischen, sozialen und symbolischen Entwertung von Lebenszusammenhängen mündet.

Ausgehend von Überlegungen zur adäquaten Reichweite normativ orientierter Demokratietheorien beschäftigen sich *Oliver Gruber* und *Florian Walter* mit dem sog. *boundary problem* und fragen wie in nicht-nationalstaatlich verfassten Einheiten die Grenzen der politischen Inklusion zu ziehen und welche Ausschlüsse aus dem Demos normativ-theoretisch zu rechtfertigen sind. Vor dem Hintergrund aktueller Veränderungen durch transnationale Migration, steigende soziale Heterogenität sowie globale Vernetzung wird geprüft, inwiefern die Staatsbürgerschaft noch als Kriterium für die Vergabe politischer Rechte geeignet ist. Diesen Herausforderungen an das *boundary problem* wird mit Lösungsvorschlägen aus zwei aktuellen Debatten (*all-affected principle* und

*all-subjected principle*) begegnet. Den Autoren zufolge erweise sich das *all-subjected principle* als schlüssiger und umsetzbarer gegenüber ersterem und sie plädieren folglich für eine Konzeptualisierung von Rechten auf der Grundlage abgestufter Formen von Betroffenheit und Unterwerfung.

In Abschnitt II widmen sich die empirischen Beiträge territorialen Exklusionsformen sowie migrationspolitischen Instrumenten, deren exkludierende Effekte kontextabhängig zu betrachten sind – die Integrationsvereinbarung in Österreich und Integrationstests in den USA und Deutschland.

Der englischsprachige Beitrag von *Christin Achermann* widmet sich einer extremen Form der Exklusion, nämlich der räumlichen Ausschließung ausländischer StaatsbürgerInnen. Achermann untersucht Argumente und Strategien, die bei Entscheidungsprozessen zu Abschiebungen strafrechtlich verurteilter ausländischer Staatsangehöriger in der Schweiz vorgebracht werden. Die Analyse beruht auf einem erweiterten Konzept der sozialen Schließung und berücksichtigt sowohl die legal-strukturelle Ebene als auch die Ebene der sozialen Aktion. Basierend auf Interviews und Dokumenten zeigt der Beitrag, dass bei Entscheidungsprozessen über die Abschiebung von Nicht-StaatsbürgerInnen im Zweifelsfall die Einwanderungsbehörden meistens zugunsten von Argumenten wie der nationalen Sicherheit und öffentlichen Ordnung entscheiden, d. h. sich für eine Abschiebung aussprechen und somit gegen die privaten Interessen der Betroffenen handeln.

*Sieglinde Rosenberger* und *Jakob Winkler* unter Mitarbeit von *Ursula Gadermaier* befassen sich mit zivilgesellschaftlichen Protesten gegen Abschiebungen von abgelehnten AsylwerberInnen in Österreich. Der Beitrag zeigt auf der Grundlage der Sozialen Bewegungsforschung, dass Protestmobilisierung gegen Abschiebungen vorwiegend auf der lokalen Ebene stattfindet und soziale Beziehungen und Kontakte zwischen AsylwerberInnen und Mehrheitsgesellschaft den Schlüsselfaktor für das Entstehen lokaler Protestaktivitäten bilden. Trotz desintegrativ wirkender gesetzlicher Bestimmungen, nachteiliger politischer Gelegenheitsstrukturen also, existieren vereinzelt (noch) Möglichkeitsstrukturen für den Aufbau sozialer Beziehungen und Emotionen zwischen AsylwerberInnen und Wohnbevölkerung. Der Beitrag skizziert demnach ein komplexes, ambivalentes Verhältnis zwischen räumlicher Ausgrenzung und sozialen Nahbeziehungen, zwischen territorialer Exklusionsandrohung und sozialen Inklusionserfahrungen.

Wirkt der Staatsbürgerschaftstest exkludierend oder inkludierend? Diese Frage stellt *Amanda Klekowski von Koppensfels* und vergleicht den Einbürgerungstest in Deutschland, eingeführt im Jahr 2008, mit dem Test in den USA, der ebenfalls im Jahre 2008 neu gestaltet wurde. Während die Testpraxis in Deutschland vielfach als exkludierend kritisiert wurde, hebt die Autorin beim US-amerikanischen Test insbesondere inkludierende Aspekte hervor. Die Au-

torin, die den Beitrag in englischer Sprache verfasste, stellt fest, dass sich der deutsche und der amerikanische Test, trotz ihrer unterschiedlichen Wahrnehmung, in Bezug auf die inhaltliche Gestaltung kaum unterscheiden. Sie argumentiert, dass Staatsbürgerschaftstests nicht notwendigerweise exkludierend wirken, sondern vielmehr als Ausdruck der Institutionalisierung des Staatsbürgerschaftsregimes zu interpretieren sind. Folglich, so das Argument, spielt für die Wirkungsrichtung der Kontext, in dem Staatsbürgerschaftsregime eingebettet sind, eine bedeutende Rolle.

Dem vergleichenden Beitrag zu Staatsbürgerschaftstests folgt ein weiterer englischsprachiger Text. Ist die Integrationsvereinbarung ein Instrument der Exklusion, der Einwanderungskontrolle und damit der sozialen Auswahl sowie der Einschränkung der Rechte von EinwanderInnen? Der Beitrag von *Julia Mourão Permoser* behandelt Entstehung, Entwicklung und Folgen der Integrationsvereinbarung in Österreich. Während die politischen Parteien die Integrationsvereinbarung als eine restriktive Maßnahme porträtieren und ihre exkludierenden Elemente betonen, zeigt die Umsetzung kaum räumlich ausschließende Effekte. Die den Beitrag strukturierende These, wonach die Integrationsvereinbarung nicht als Instrument der Einwanderungskontrolle funktioniere, wird um den Aspekt der symbolischen Politik erweitert. Letztlich sind es weniger die direkten Auswirkungen selbst, sondern vielmehr die symbolische Wirkung der Maßnahme, die gesellschaftliche Ausschlussmechanismen erzeugt. Die Analyse von Mourão Permoser beruht auf einer Politikzyklusanalyse, in der das wechselseitige Verhältnis von *Agenda Setting* und Implementierung der Integrationsvereinbarung untersucht wird.

Abschnitt III schließlich fokussiert auf Politisierung von Migration, Einstellungen zur Teilhabe sowie Diskurse rund um Asyl unter dem Blickwinkel von Inklusions- und Exklusionsprozessen.

Inklusion und Exklusion von MigrantInnen vollziehen sich nicht nur durch die Effekte der politischen Regulierung, sondern auch aufgrund der Politisierung von Migration. Am Beispiel der öffentlich-medialen Auseinandersetzung um Kriterien für Einreise und Aufenthalt sowie den Zugang zu Rechten gehen *Sarah Meyer* und *Teresa Peintinger* auf die Frage ein, ob bzw. welche Gruppen von MigrantInnen als Akteure in diesen Debatten repräsentiert sind. Die empirische Analyse zeigt, dass sich Mechanismen der Exklusion sowohl auf der Akteurs- als auch auf der Forderungsebene manifestieren. Während die Politisierung von Migrationsforderungen in Österreich primär durch Regierung und Parteien und in zweiter Linie durch Medien und Zivilgesellschaft dominiert wird, treten MigrantInnen kaum als Akteure in Erscheinung. D.h. MigrantInnen sind – obwohl sie den Gegenstand der Kontroversen bilden bzw. potentiell Betroffene diskutierter Maßnahmen sind – in der medialen Öffentlichkeit als Akteure, die Interessen und Forderungen stellen, weitgehend nicht präsent. Ein

differenziertes Bild zeichnen die Ergebnisse hinsichtlich der gestellten migrationspolitischen Forderungen (*claims*): Während in der Kronen Zeitung restriktive, auf Exklusion abzielende Forderungen überwiegen, räumt der Standard liberalen, inklusiven Forderungen den größten Stellenwert ein. Insgesamt zeigt sich, dass auf Exklusion abzielende Forderungen vorwiegend von Regierung, Parteien und Medien in die Debatte eingebracht werden, d. h. von etablierten Akteuren im Zentrum des politischen Systems.

*Alexandra König* widmet sich der Frage wie in Österreich das Recht auf Schutz in parlamentarischen Debatten zu asyl- und fremdenrechtlichen Gesetzesmaterien verhandelt wird. Mit einem diskursanalytischen Zugang untersucht sie in zwei Plenardebatten aus dem Jahr 2005 und 2011, wie Diskursverschränkungen und Kategorisierungen Asylsuchender auf die Konstruktion dieses zentralen Menschenrechts einwirken. Ihre Ergebnisse zeigen, dass das Recht auf Schutz vor Verfolgung zwar parteiübergreifend als normativer Ankerpunkt anerkannt wird, dieses jedoch verschieden konstruiert wird. Unterschiedliche Kategorisierungen von Asylsuchenden, z. B. als genuine oder nicht genuine Flüchtlinge, verengen diskursiv den Zugang zum Recht auf Schutz. Weiters analysiert König die Verknüpfung der Rechtskonstruktionen mit anderen Diskurssträngen – etwa einem Sicherheits- und Kriminalitätsdiskurs im Jahr 2005 oder dem ökonomischen Nutzendiskurs im Jahr 2011.

Die Verhandlung von Rechten ist ebenso das Thema des Beitrags von *Florian Walter*. Welche Kriterien formulieren Jugendliche für die Verteilung von politischen und sozioökonomischen Rechten? In einer Untersuchung unter Jugendlichen werden Bedingungen und Kriterien zur Verteilung des Wahlrechts bzw. des Rechts auf Arbeitslosengeld erhoben. Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen, dass nach Meinung junger Menschen für gesellschaftliche Inklusion in erster Linie nicht Kriterien wie gemeinsame Abstammung oder kulturelle Assimilation entscheidend sind. Die Ergebnisse legen vielmehr nahe, rechtliche Inklusion über Staatsbürgerschaft und Gemeinschaft hinaus zu diskutieren und diese in Richtung Wohnbürgerschaft zu erweitern.

Das Entstehen dieses Bandes und das vorliegende Ergebnis ist im institutionellen Forschungszusammenhang der Forschungsgruppe *INEX Politics of Inclusion and Exclusion* am Institut für Politikwissenschaft der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien zu verorten. Diese Forschungsgruppe arbeitet mit politikwissenschaftlichen Theorien und Instrumenten zu aktuellen Fragen von Inklusion und Exklusion, konkret zu AkteurInnen, Prozessen, Diskursen und Institutionen im Kontext von gesellschaftlicher Diversität, Differenz und Migration – einige der aktuellen Forschungsergebnisse werden in diesem Band einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt ([inex.univie.ac.at](http://inex.univie.ac.at)).

## Dank

Unter der Rubrik Dank möchten wir erwähnen, dass einige der Beiträge aus (drittmittelfinanzierten) Forschungsprojekten resultieren – an dieser Stelle wird großer Dank an die jeweiligen fördernden Institutionen ausgesprochen. Der Beitrag von *Christin Achermann* beruht auf Ergebnissen des Forschungsprogramms Social inclusion and exclusion, finanziert vom Schweizerischen Nationalfonds. Die empirischen Ergebnisse von *Sarah Meyer* und *Teresa Peintinger* stützen sich auf Daten des Projekts Support and Opposition to Migration (SOM), das durch das 7. Rahmenprogramm der Europäischen Kommission gefördert wurde. Der Beitrag von *Florian Walter* entstand im Rahmen des Forschungsprojekts GLO-PART. Junge Partizipation in der globalen Politik, gefördert durch das Programm Sparkling Science des österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMWF). Der Beitrag von *Sieglinde Rosenberger* und *Jakob Winkler* basiert auf Förderung des Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank für das Forschungsprojekt DEMO: Challenging Deportation through Mobilization.

Ein großer Dank geht an *Alexandra König* und *Brita Pohl*, die die Texte für diesen Band mit großem Engagement und viel Sorgfalt lektoriert haben.

Danken möchten wir drei anonymen GutachterInnen, deren Hinweise, Anregungen und Kritik wesentlich zur Qualität der Artikel beigetragen haben; den HerausgeberInnen der Reihe Migrations- und Integrationsforschung der Universität Wien und dem Verlag V&R unipress/Vienna University Press. Für finanzielle Unterstützung, die diesen Band möglich machte, danken wir der Kulturabteilung (MA 7) der Stadt Wien sowie der Forschungsplattform Migration und Integration Research der Universität Wien.

## Literatur

- Bauböck, Rainer 2010: ‚Changing the boundaries of citizenship: the inclusion of immigrants in democratic polities‘, in Martiniello, Marco/ Rath, Jan (Hg.): *Selected Studies in International Migration and Immigrant Incorporation*, Amsterdam, 275–314.
- Brubaker, William Rogers 1989: *Immigration and the Politics of Citizenship in Europe and North America*, Lanham.
- Bude, Heinz 2008: *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*, München.
- Castel, Robert 2008: ‚Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs‘, in Bude, Heinz/ Willisich, Andreas (Hg.): *Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“*, Frankfurt, 69–86.
- Castles, Stephen/ Korac, Maja/ Vasta, Ellie/ Vertovec, Steven 2002: ‚Integration: Mapping the Field‘, Report of a project carried out by the University of Oxford Centre for



Migration and policy Research and Refugee Studies Centre contracted by the Home Office, Immigration Research and Statistics Service (IRSS), Home Office Online Report 28/03.

- Kronauer, Martin 2010: *Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus*, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Frankfurt am Main/ New York.
- Morales, Laura/ Giugni, Marco 2011: ‚Political Opportunities, Social Capital and the Political Inclusion of Immigrants in European Cities‘, in Morales, Laura/ Giugni, Marco (Hg.): *Social Capital, Political Participation and Migration in Europe. Making Multi-cultural Democracy Work?*, Basingstoke, 1 – 18.
- Morris, Lydia 2002: *Managing Migration: Civic Stratification and Migrants' Rights*, London.
- Steinert, Heinz/ Pilgram, Arno (Hg.) 2003: *Welfare Policy from Below. Struggles Against Social Exclusion in Europe*, Aldershot.